

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch Boten frei Haus für die zweite Augussthälfte 500 000 M. freibleibend. Einzelverkaufspreis 40 000 M.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf 1905 nur Redaktion.
1926 nur Geschäftsstelle.



Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Pettizelle oder deren Raum 100 000 M., auswärtige 110 000 M., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 90 000 M., für Reklamen 400 000 M.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf 1926 nur Geschäftsstelle
1905 nur Redaktion.

Lübecker

Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 198.

Sonnabend, 25. August 1923.

30. Jahrgang.

Das Echo der Rede Hilferdings.

Neben der Lösung des außenpolitischen Drucks gibt es nur eine Frage, die alle bewegt: Wird es der neuen Regierung, dem neuen Finanzminister gelingen, die Gesundung der Finanzen zu erzwingen? Wird nicht nur Einsicht, sondern auch Mut und Entschlossenheit, Energie und Ausdauer im Kampfe mit der Hydra der bürokratischen Unfähigkeit und egoistischen Interessenpolitik ausreichen, um zum Ziele zu kommen? Wem das gelingt, der hat das Land, der überbrückt die Risse, die unser staatliches Dasein zu zersprengen drohen. Symptomatisch dafür mag die verhältnismäßig ruhige Sprache sein, mit der ein Blatt wie die „Deutsche Zeitung“ schreibt:

„Der neue Reichsfinanzminister hat in Aussicht gestellt, mit Energie und Willenskraft Ordnung in unsere Finanzen und damit in unsere Wirtschaft zu bringen. Was das Letztere betrifft, so kann er sicher sein, daß er bei dieser Arbeit die Unterstützung weitaus Kreise des deutschen Volkes ohne Unterschied der Partei finden wird.“

Auch die „Rote Fahne“ hat an sich im wesentlichen gegen das Programm und die Sachkenntnis Hilferdings nichts einzuwenden. Die positiven Vorschläge, die Männer von dem geistigen Riesenformat eine Koenen unterbreiten, entstammen samt und sonders dem sozialdemokratischen Arsenal. Die Kommunisten behaupten nun, daß zur Durchführung dieser von ihnen jetzt begrüßten und früher als Schwindel bekämpften Pläne ihre Diktatur, wie sie sie auffassen, unentbehrlich sei. Leider begleiten sie ihre Agitation für diese seligmachende Diktatur mit demagogischen Versprechungen an jeden Mann, deren Undurchführbarkeit, gerade wenn eine Gesundung kommen soll, auf der Hand liegt. Die Durchführung ihrer Versprechungen würde im Gegenteil in Deutschland die Wirtschaft vollends zerschlagen und nur Trümmer mit verhungerten Massen übrig lassen.

Trotz alledem wird keiner verkennen, daß der Ruf nach energischen Maßnahmen von den Massen jetzt ebenso sehr erhoben wird, wie jetzt auch die Bestehenden angesichts des vollständigen Zusammenbruchs ihrer bisherigen Steuer- und Inflationspolitik einsehen, daß sie ihren Widerstand gegen die Forderungen der Sozialdemokratie aufgeben müssen. So findet sich schließlich heute alles — wenigstens in der Presse — einig in dem Appell an Hilferding: werde hart! Die „Deutsche Allgemeine“ — solche Wunder erleben wir — warnt vor den „Steuerspezialisten“ und ihren Ausschöhlungsabsichten. Im „Berliner Tageblatt“ schreibt Dombrowski:

„An der Erkenntnis dessen was war und was sein muß, fehlt es ihm nicht. Auch der Wille, sofort mit raschem Entschluß das Notwendige zu tun, ist vorhanden. Aber wird dieser Wille Dr. Hilferdings auch all den Hemmungen und Hindernissen gegenüber sich durchsetzen, die sich ihm vielleicht in der Bürokratie und in den Kreisen der Wirtschaftsentwicklungsinteressenten entgegenstellen werden?“

Das „Tageblatt“ wirft die Frage auf, ob die Maßnahmen ausreichen:

„Fast muß man nach seiner gestrigen Rede ein Fragezeichen dahintersetzen. Sollte sich die mit so großem Applomb angekündigte Notverordnung lediglich darauf beschränken, wenigstens soweit die finanzielle Seite der Sanierungsmassnahmen in Betracht kommt, daß auf je 10 000 Mark, die auf die erste Rate der Brotverbilligung gezahlt worden sind, ein Betrag von einer Goldmark in Devisen bis zum 25. September abgeliefert werden muß, so kann man weder von einem drakonischen noch auch nur von einem ernstlich fühlbaren Eingriff in die Kapitalsubstanz sprechen. Leider hat der Minister nicht gleichzeitig angegeben, wie hoch der Betrag sein wird, der sich aus jenen Devisenzahlungen ergibt. Bisher ist man immer davon ausgegangen, daß man mindestens drei- bis fünfhundert Millionen Goldmark in Devisen zur Verfügung haben müsse, um die nächsten Lebensmittel- und Rohstoffimporte zu decken und regulierend auf die Kursgestaltung der Mark einwirken zu können. Von einer Bestandsanmeldung der Devisen ist nicht mehr die Rede, und es scheint, als ob sich bereits wiederum hinter den Kulissen bedeutliche Einflüsse der großen Interessengruppen bemerkbar machen, um den Zugriff des Reiches auf die Kapitalsubstanz der Privatwirtschaft nach Möglichkeit abzuwehren. Jedenfalls belastet die Goldmarkrate, die im September in fremden Valuten abgegeben werden soll, den einzelnen nur verhältnismäßig gering, und all die großen Worte, die der Minister im Zusammenhang damit über Zuchthausstrafe für falsche eidesstattliche Versicherungen und über Konfiskation des Vermögens ausspricht, sehen mehr einer Rückgangsanzeige gleich.“

Dombrowski wendet sich dann gegen Dernburg, der genau wie Gothein, Fischer-Röhl und andere Spezialisten der demokratischen Reichstagsfraktion als Spezialist in Steuerabotage im Reichstag tätig ist und in der Sitzung des Hauptausschusses sofort gegen die Ausdehnung der Devisen-Zwangsanleihe auf sogenannte Nicht-Devisenbesitzer Front macht. Wieviel Elend wäre dem Volke erspart geblieben, wenn die bürgerlichen Parteien sich schon früher, als noch Becker-Hessen den Kampf gegen die erste Zwangsanleihe mit Helfferich zusammen führte, die späte, reichlich späte Einsicht zu eigen gemacht hätten, die jetzt auch im „Tageblatt“ ausgesprochen wird, daß „das Vertrauen zur Finanzwirtschaft des Staates wiederhergestellt werden muß“, und daß trotz der außenpolitischen Situation „eine Zwischenlösung durchführbar, ja notwendig ist, wenn wir in der großen Auseinandersetzung mit Frankreich bestehen wollen.“

Der Finanzminister weiß zweifellos, daß alle Augenblicksmaßnahmen nur ein Anfang sind, die auf der Basis einer stabilen Währungsperiode die notwendige Steuerpolitik erst ermöglichen sollen. Diese Arbeit hat ja überhaupt noch nicht begonnen und wird mit hypothetischer Goldbelastung des Grund und Bodens, Beteiligung des Reichs an allen Erwerbsunternehmungen, Einführung wertbeständiger Goldsteuern auf den Besitz noch zu manchen Auseinandersetzungen führen. Hoffen wir, daß die, die jetzt erfreulicherweise dem Finanzminister Energie anraten, auch dann, wenn diese weitere Arbeit einsetzt, noch auf dem Posten sind. Es geht in der Tat um Sein oder Nichtsein.

Prozent aufbaut, erhalten haben. Diese Tatsache, schreibt das Blatt weiter, wurde nur dadurch der Öffentlichkeit bekannt, daß verantwortungsbewußte Beamte sich an die Presse wandten. In einem uns mitgeteilten Fall erhielt ein Beamter der Klasse 12 mehr als 500 Millionen Mark ausgezahlt. Erst durch scharfes Auftreten zahlreicher Pressevertreter in der amtlichen Pressekonferenz ist man dieser unerhörten Verfügung, die noch auf das Konto des Schädling Hermes geht, auf die Spur gekommen. Hier liegt eine grobe Irreführung der Öffentlichkeit vor. Es sei ein großer Skandal, das jetzt in aller Heimlichkeit trotz der gegenteiligen offiziellen Mitteilungen die Nachzahlungen für fast 6 Wochen vorausbezahlt werden. Hier habe sich eine Einheitsfront zwischen Regierungsvertretern und Beamtengegewerkschaften gegen die Reichsfinanzen gebildet, deren Unschädlichmachung die erste Voraussetzung für die Finanz- und Währungsreform ist.

Ergänzungen zur Kanzlerrede.

Aus dem jetzt vorliegenden Wortlaut der Rede, die der Reichskanzler gestern vor dem Industrie- und Handelstag hielt, ergibt sich, daß verschiedene wichtige Ausführungen in dem bisher ausgegebenen Bericht nachzutragen sind. Der Kanzler begann mit der Versicherung, daß wir uns klar darüber sein müßten, daß ohne einen starken Glauben an die deutsche Zukunft die Dinge nicht zu meistern sind, vor denen wir stehen. Er rechtfertigt dann die Notwendigkeit der Notverordnung zur Schaffung eines Devisenfonds. Der Staat müsse bestehen bleiben. Daß die einzelne Wirtschaft in ihrer Gesamtsubstanz erhalten bleibt, müsse demgegenüber in solchen Zeiten zurücktreten.

Wo Schätze zu finden sind.

Ein Fingerzeig für den Finanzminister.

Der „Vorwärts“ schreibt: Die Tageschronik der Großhandelpresse ist täglich angefüllt mit Nachrichten über Einbruchsdiebstahle, die den Dieben oft ungeheure Beute bringen. Die Polizei pflegt in ihren Ermittlungsberichten denn auch gleich die Belohnungen mit anzugeben, die von den Bestohlenen für die Wiederherbeischaffung der Kostbarkeiten ausgeht werden. Nun liegt wieder ein für die gegenwärtigen Zustände charakteristischer Fall vor, an dem ein Sherlock Holmes keine Freude haben könnte. Wenn im Berliner Tiergartenviertel, in derselben Straße, immer wieder die Wohnungen der wohlhabenden Leute heimgeplündert werden, so muß es schon stimmen, wenn der Polizeibericht dazu bemerkt, daß der Dieb im alten Westen genaue Ortskenntnisse besitzen müsse.

Aber über die Polizeireise hinaus interessiert es auch weitere Schichten der Bevölkerung, was der Herr Spitzbube alles bei einem einzigen der von ihm heimgeplünderten mitnehmen konnte. Beim Bankier Krako in der Stülerstraße fand er der Aneignung wert: Einen großen Kasten seidener Batistwäsche, Garnituren und über ein Duzend Batist- und Seidenblusen. In einem Kasten für Schmuckfächer fand er eine lange Perlenkette, die aus 97 rosenfarbenen Perlen besteht. Die mittlere der Perlen ist, immer nach dem Polizeibericht, mehr als erbsengroß. Das Platinhalsloch der Kette wird von einem ovalen Smaragd, der von kleinen Brillanten umgeben ist, geziert. Außerdem fehlen eine Brosche, die auf der Schiene neun Brillanten aufweist, von denen der mittlere über einen Karat schwer ist. Ferner wird ein Platingliederarmband vermisst, das zwischen den einzelnen Gliedern elf Brillanten zeigt. Auch drei Goldarmreifen, die in Platinfassung verschiedene Steine haben, und ein schwergoldenes Kettenarmband, 1/2 Zentimeter breit, hat der Fassetenkleiberer mitgenommen. Insgesamt wird der Wert der Diebesbeute auf über 50 Milliarden Papiermark geschätzt.

Zweifellos werden diese Kostbarkeiten irgendwo im Inlande oder Auslande in eine der zahlreichen Goldaufkaufsstellen wandern und irgendwohin verschoben werden. Inzwischen lesen hunderte Männer und Frauen zu vielen Tausenden die Nachricht von den Schätzen, die allein aus einem ovalen Smaragd herausgeholt werden können. Sie lesen gleichzeitig in allen Blättern von der ungeheuren Not des Reiches, sehen, daß die Betriebe stillgelegt und die auf Arbeitsverdienst angewiesenen Arbeiter auf die Straße gesetzt werden, weil das Betriebskapital nicht mehr ausreicht. Alte Männer und Frauen, die nicht mehr für des Tages Bedarf wirken können, gehen an langsamem Verhungern zugrunde. Die Opfer des Weltkrieges, die dauernd arbeitsunfähig geworden sind, erleiden bei ihrer geringen Rente ein ähnliches Schicksal. Aber in den Kisten und Schließern der Alt- und Neureichen sind die Schätze aufgespeichert, die nur in einem Einbruchfall einmal an die Öffentlichkeit kommen.

Drängt sich da nicht auch dem Finanzministerium die Frage auf, warum solche Reichtümer in den Händen einzelner bleiben müssen, während die Reichsbank keinen ausreichenden Goldbestand mehr hat? Glaubt die Regierung nicht, daß eine millionenfache Zustimmung aus allen Teilen des Reiches ihr zuteil würde, wenn sie sich entschloße, Beschlag auf alle Goldbestände und Edelsteine zu legen, die sich im Deutschen Reich — noch! — befinden? Mögen die Besitzer solcher Kostbarkeiten dafür Goldanleihen bekommen, aber die Schätze selbst sollen dem Reich, der Gemeinschaft des deutschen Volkes gehören und der Währung wieder festen Grund geben. Wann wird sich die Regierung kraft der Vollmacht, die ihr gegeben ist, zu einer so einfachen und befreienden Tat entschließen? Niemand hat das Recht, Schätze zu sammeln, wenn das ganze Volk bittere Not leiden muß!

Der Konflikt in der Reichsbank.

II. Berlin, 25. August.

Auf Grund eines Beschlusses der Vertrauensleute der Angestellten der Reichshauptbank, den sich die in Berlin anwesenden Vertreter der Provinzangestellten der Reichsbank angeschlossen haben, wird am Sonnabend, dem 25. August, eine Abstimmung über die Arbeitsniederlegung wegen der Maßregelung des Betriebsratsvorsitzenden Großmann stattfinden. Es soll versucht werden, auf Grund der Abstimmung nochmals die Vermittlung des Reichsarbeitsministeriums herbeizuführen. Die Gewerkschaften haben den Beschluß der Vertrauensleute unterstützt.

Gewerkschaftsvertreter beim Reichswirtschaftsminister

II. Berlin, 25. August.

Der Reichswirtschaftsminister v. Raumer empfing gestern Vertreter von Gewerkschaften und besprach mit ihnen die Wirtschaftslage.

Konferenz der Ministerpräsidenten in Paris.

II. London, 25. August.

Man nimmt hier an, daß sich die Ministerpräsidenten in Paris treffen werden, wenn Baldwin von His les Bains gestärkt zurückkehrt. Es besteht eine schwache Hoffnung, daß diese Unterredung dann zu einer formellen Konferenz führen könnte.

Baldwins Abreise nach Frankreich.

II. London, 25. August.

Es verlautet, daß Baldwin heute nach His les Bains abreist und die belgische Antwortnote, die erst am Montag hier eintreffen soll, nicht abwarten wird. In gut unterrichteten Kreisen rechnet man damit, daß vor zwei Wochen in der Situation keine Aenderung eintreten werde.

II. London, 25. August.

Reuter bestätigt, daß ein neuer diplomatischer Schritt Englands erst in zwei Wochen zu erwarten ist.

Ein Verbrechen gegen die Reichsfinanzen.

II. Berlin, 25. August.

Unter der Ueberschrift „Ein öffentlicher Skandal“ beschäftigt sich die Deutsche Allgemeine Zeitung heute mit der Tatsache, daß die Empfänger von Vierteljahrsgehältern am 25. August außer dem Feuerungszuschlag für die zweite Augussthälfte ihr Septembergehalt des 25. auf einem Feuerungszuschlag von 13 500

Diktatur der Mehrheit.

SPD. Berlin, 24. August.

Halten wir heute Rückschau auf die Entwicklung der Verhältnisse seit dem Bestand der Republik, dann muß festgestellt werden, daß der Gedanke der Staatserhaltung im deutschen Volke seit 1918 nicht unwesentlich gelitten hat. Das ist einmal durch die fortgesetzten außenpolitischen Demütigungen zu erklären, schließlich aber auch durch den Mangel an Erkenntnis für das, was die Republik dem deutschen Volke gab. Viele Staatsbürger haben die Errungenschaften der Revolution bald gleichgültig hingegenommen, andere wieder suchten die Rechte, die ihnen der republikanische Staat gab, gegen die Republik auszunutzen und trugen damit wesentlich zur Untergrabung der Staatsautorität bei. Aber wenn die Güte des demokratischen Regimes verkannt wird, muß im Interesse der Volksgemeinschaft die Gutmütigkeit dem Zwange gegen diejenigen weichen, die leichterworbene Rechte zumungunsten der Mehrheit unseres Volkes auszunutzen trachten. Der Zeitpunkt hierzu ist jetzt gekommen. Seit Jahren führen die besitzenden Schichten Deutschlands einen Kampf gegen den Staat von heute, dessen Fortsetzung Böses befürchten läßt. Immer wieder haben sie das Reich mit Besprechungen abgefunden, nie das bis heute finanzielle Opfer gebracht worden wären, die ihrer Leistungsfähigkeit entsprechen. Statt Steuern zu zahlen, wurde der Kampf gegen die Erfüllungspolitik organisiert, wurden die Mordorganisationen mit Mitteln unterstützt, die in Wirklichkeit dem Staate zustanden. Ganze Organisationen sind zur Sabotage der Steuergesetze des Reiches aufgebildet worden und insbesondere unter der Regenschaft des Herrn Cuno, die in der Geschichte der Republik immer ein Trauerspiel bleiben dürfte, haben die Institute zum Kampfe gegen die Verfassung eine Ausdehnung erfahren, die für den Bestand unserer Volksgemeinschaft verhängnisvoll zu werden droht. Kann es unter diesen Umständen der deutschen Arbeiterschaft verdacht werden, wenn sie jetzt nicht mehr an Versprechungen glauben will und die Forderung aufstellt, endlich diktatorisch zu handeln?

Unter diktatorischen Maßnahmen versteht die deutsche Arbeiterschaft keine Diktatur nach russischem Muster oder nach den Prinzipien des Herrn Hitler. Nichts liegt ihr nach den Erfahrungen der 90er Jahre ferner, als eine Vergewaltigung im allgemeinen Sinne zu propagieren! Was sie wünscht, ist der Zwang zur Pflächterfüllung gegenüber den Steuerdefraudanten durch die Machtmittel des Staates. Es handelt sich um eine „Diktatur der Mehrheit“, eine „Diktatur aus Not“, die nachholen soll, was bisher verjährt wurde, und die zur Aufgabe hat, den Staat, die Volksgemeinschaft vor dem endgültigen Untergang zu retten. Wie notwendig diese Diktatur der Mehrheit ist, ergibt sich am klarsten aus der Rede, die der neue Reichsfinanzminister am Donnerstag im Hauptauschuß des Reichstages gehalten hat. Seine Worte liefern unumfängliche Beweise nicht nur dafür, wer Mißtrauen trägt an unserem Verhängnis und wo es hinführen muß, wenn der Staat weiterhin die Fäden schleifen läßt, sondern auch dafür, daß die Forderung der Arbeiterschaft, endlich handeln zu machen mit dem Verhandeln und diktatorisch zu handeln, mehr als berechtigt ist.

Es ist bemerkenswert, daß auch der neue Reichsfinanzminister Dr. Stresemann, ein Mitglied der Volkspartei, in Uebereinstimmung mit dem Gesamtkabinet inzwischen offen zum Ausdruck gebracht hat, wohin wir steuern, wenn der bisherige Zustand seinen Fortgang nimmt und was jetzt geschehen soll. Er wie die Mitglieder seines Kabinetts haben den festen Willen, vor der Anwendung der Diktatur innerhalb der Grenzen der Verfassung nicht zurückzuschrecken, wenn es notwendig ist. Sie folgen damit einem Schritt, der ihnen, als echte Patrioten, von einer Minderheit von Staatsbürgern aufgezwungen worden ist. Der Anfang ist bereits gemacht! In einer Verordnung zur Beschaffung eines Devisenfonds werden alle Vermögenssteuerpflichtigen zur Zeichnung von Goldanleihe unter Bedingun-

gen aufgefordert, die manchem Devisenbesitzer das Herz schwer machen mögen. Auf diesem Wege muß fortgefahren werden, und zwar nicht nur gegen die Steuerdefraudanten, sondern auch gegen alle, die sich erlauben, die innere Ruhe und Ordnung des Staates zu stören. Neben Devisen ist die Ruhe und Ordnung zur Schaffung stabiler Verhältnisse in Deutschland notwendig. Das sollte sich auch die bayrische Regierung merken, die gegenwärtig wieder einmal Gefahr läuft, von den Früchten, die sie großgezogen hat, über Nacht davongejagt zu werden.

Die Regierung ist auf der richtigen Fährte, sich im Volke allgemeines Vertrauen zu erwerben. Geht sie auf dem einmal beschrittenen Wege weiter, und das ist anzunehmen, dann darf sie gewiß sein, daß auch die Arbeitermassen, die heute noch mit einer gewissen Zurückhaltung dem neuen Kabinet gegenüberstehen und die Taten des vor wenigen Tagen aus Not gemachten „Experiment“ abwarten wollen, geschlossen hinter ihr marschieren! Brot und auskömmliche Verhältnisse bilden dazu aber die Voraussetzung, die nach den üblen Erfahrungen der letzten Jahre jedoch nur zu beschaffen sind durch die „Diktatur der Mehrheit“!

Der Münchener Mordprozess.

SPD. München, 23. August. (Via Draht.)

Noch die Nachtigung des ersten Verhandlungstages im Prozeß gegen Berger-Ruge brachte die Vernehmung des Hauptzeugen, des 20jährigen Max Stubenrauch, auf dessen Aussagen sich im wesentlichen die Anklage des Staatsanwalts stützt. Man fühlte sich mitten in die Welt eines spannenden Detektivromans versetzt, als der jugendliche Hitlerianer unter der Last seines Eides stoßweise seine Erlebnisse in der Mordnacht erzählte, immer wieder jögernd, weil er sich sehr wohl bewußt war, daß seine Aussage eventuell für die auf der Anklagebank sitzenden politischen Freunde den Tod bedeuten kann. Unter mehrfacher Mahnung des Vorsitzenden bei der Wahrheit zu bleiben, erzählte Stubenrauch, wie er am 17. Februar, von auswärts kommend, zufällig in die Gesellschaft Zwenaur, Baur und Konsorten gekommen sei, wie er in Bergers Schlafzimmer auf dem Sofa nächtigte, plötzlich in der Nacht aufwachte und am Bett des Berger den Zwenaur in Hut und Mantel stehen sah und alle Einzelheiten des Mordes erzählen hörte; er hielt zunächst alles für eine Aufschneiderei. Erst, als er Wochen später davon las, daß Baur Leiche gefunden sei, machte er sich ein zusammenhängendes Bild von jener Mordnacht. Jetzt fiel ihm auch auf, wie Zwenaur ihm am 18. Februar gesagt hatte, er werde heute noch dem Baur ein verstecktes Waffenlager zeigen, ein Ausdruck, der, wie er später erfuhr, bedeutet, daß man ihn um die Gasse bringen wolle. Jetzt fiel ihm auch auf, wie in seiner Gegenwart Zwenaur den Baur zu einer Autofahrt überredete und jetzt verstand er, warum Ernst Berger ihn mehrfach aufgefordert hatte, darüber zu schweigen, daß er den Baur überhaupt in München gesehen habe und warum Johann Berger ihm am Morgen des 19. Februar bei seiner Abreise 4000 Mark aushändigte mit den Worten: „Maul halten, sonst geht es uns allen an den Kracken.“ Auch eine Reihe anderer Vorgänge sind dem Stubenrauch nachträglich ins Gedächtnis gekommen, aus denen er schließen mußte, was der Zwenaur damals mit Baur vor hatte. Die Gebrüder Berger wollen ebenso wie Zwenaur von alledem nichts wissen. Johann Berger gibt zwar zu, daß er die Handtasche des Ermordeten am anderen Tage nach Ansbach gebracht hat, weigert sich aber, das jetzige ihm bekannte Versteck dieser Handtasche, die sämtliche Ausweispapiere des Ermordeten enthält, dem Gericht zu nennen. Es scheint überhaupt eine verarbeitete Taktik der Angeklagten zu sein, auf alle einigermaßen wichtige Fragen des Vorsitzenden keine Antwort zu geben oder sich unwillig zu stellen. Nur Dr. Ruge versuchte in längeren Ausführungen den ihm zur Last gelegten Handlungen eine harmlose Deutung zu geben und behauptete zum Schluß, daß er niemals

konkrete Beseitigungspläne vorbereitet und daß er insbesondere niemals mit Zwenaur die Ermordung Baur besprochen habe.

Als weitere Zeugen werden dann die aus dem Tusch-Prozeß bekannten „Blücher“-Leute Schäfer, Amüller und Hug vernommen, die nochmals die bekannten Pläne Dr. Ruges zur Gründung einer Tscheka in allen Einzelheiten mitteilten. Amüller, ein Schulfreund Zwenaur charakterisiert diesen als einen zuverlässigen, seelisch tief empfindenden Kameraden, tatkräftig bis zum letzten. Nach den eigenen Worten Zwenaur wollte er sich innerhalb des „Blücherbundes“ ganz der nationalen Sache widmen, weil er auf Grund seines Nierenleidens sich nur mehr eine kurze Lebenszeit zusprach. Die Verteidigung ließ es sich angelegen sein, den allerdings sehr ansehnlichen Charakter des ermordeten Baur in ein möglichst schlechtes Licht zu setzen. Insbesondere versuchte sie nachzuweisen, daß Baur ein Spitzel gewesen sei, womit sie im Grunde genommen doch gerade der Anklage die Begründung lieferte, warum Baur vom Standpunkt des Ruge und Konsorten aus beseitigt werden mußte.

Mit einiger Spannung sieht man den Aussagen des Vaters des Ermordeten, des Lokomotivführers Baur aus Wismar, entgegen.

Vermischte Nachrichten.

Raubmordversuch im Zuge Berlin-Amsterdam. In einem Abteil 2. Klasse des Schnellzuges Berlin-Amsterdam wurde nachts zwischen den Stationen Rheine und Salzbergen durch zwei Polen ein Überfall auf eine holländische Familie verübt. Die Täter versuchten, den Lehrer Jakob Ruben aus Amsterdam mit einem Beil zu erschlagen und brachten auch seiner Frau und seiner 12-jährigen Tochter zahlreiche Verletzungen mit einem scharfen Instrument bei. Dann stahlen die Banditen sämtliche Koffer und verschwand. Sie wurden jedoch verfolgt und festgenommen. Die Überfallenen wurden bewußtlos ins Krankenhaus nach Bentheim gebracht.

Absturz eines Wasserflugzeuges. Aus Biffa wird berichtet: Hier ist das für Argentinien bestimmte Wasserflugzeug unter Führung des Argentiniers Miguel Palacio, mit dem deutschen Mechaniker Lombert, dem argentinischen Leutnant Lanni und dem Piloten Meyer an Bord, während eines Probefluges über den Klippen abgestürzt. Der Apparat ist fast ganz gesunken; Palacio ist schwer verwundet, die drei anderen Insassen sind ertrunken.

Eine Sturmflutkatastrophe an der Nordwestküste von Korea. Die Katastrophe in Korea, die durch Sturmfluten hervorgerufen ist, erweist sich als ein riesiges Unglück. bei dem 6000 Häuser zerstört und weit über 1000 Menschen getötet wurden. Die Küsterverseicherung der Meeresufer ist dadurch fürchtbar heimgesucht. Die ganze Hafenanlage von Seifen im Tschu-Besitz wurde durch die Gewalt der Wogen fortgerissen, und das umliegende Land ist vollständig überschwemmt. Die Häuser von Seifen wurden zum großen Teil weggeschwemmt, und die Einwohner flüchteten aus der Stadt. 100 Personen, die sich auf einer der Katanlagen befanden, wurden in den Wasserkrübel gerissen und ertranken. Das Dorf Kpuleio ist vollständig vernichtet und viele Hunderte seiner Einwohner getötet. Große Schäden verursachte auch das Steigen des Yalu-Flusses, der Schiffe stranden ließ und Dörfer überschwemmte. Die Hilfsarbeiten gehen nur langsam vor sich, da der Eisenbahndienst infolge der Vernichtung der Strecken unterbrochen ist. Die Hochdein des Benishu-Bergwerks mußten gelöst werden; die Ernte ist zu einem beträchtlichen Teil vernichtet. Die zahlreichen Flüchtlinge wurden notdürftig in Schulen und öffentlichen Gebäuden untergebracht.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freiheit Lübeck und Heiligkeit Hermann Bauer; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Auch die feinsten Damen- und Herren-

Stiefel werden zweckmäßig mit Seimann's Renovator behandelt, um sie stets tadellos frisch zu erhalten.
Renoviere Leder nur mit Seimann's Renovator.

persil bleibt **persil**

das vollendete Waschmittel höchster Güte und Ergiebigkeit

Antoni v. Gold- und Silber-Druck-Gebirge, einz. Zähne.
Willi Westfaling
32, Poststr. 32

Stoffe

für Herrenanzüge und Damenkostüme

kaufen Sie zu **staunend** billigen Preisen, das Meter von 2 500 000 Mk. an.

NUR Böttcherstraße 21

Prost & Co. Bankgeschäft

Breitestraße 65, I. Fernsprecher 8935/36.

Wir verzinsen bis auf weiteres **Giro-Einlagen mit 15 % p. a.**

Spar-Einlagen
bei 1 monatl. Kündigung mit 32% p. a.
bei 3 monatl. Kündigung mit 42% p. a.

Für Beträge über Mk. 50 000 000 besonders günst. Bedingungen auch auf kurze Termine.

Einrichtung von Goldmarksparkonten
bei 6 monatl. Kündigung 20% Zinsen p. a. in Goldmark
bei 12 monatl. Kündigung 30% Zinsen p. a. in Goldmark (5711)

Kaufe laufend jeden Tag **Lumpen Eisen Metalle Papier Felle usw.**
Selig L. Cohn
Wahlmstr. 62, Telefon 2153.

Futterkartoffeln
gesunde billige Lütgens & Puls, Mittelstr. 17. (5768)

Bis 100 000 Mk.
für 100 Gramm ausgef. Frauendaar zahlt.
Otto Jung, Friseur,
5753, W. St. Johannis 8.

Eröffnung: Morgen Sonntag 11 Uhr.



KATHARINENKIRCHE **LYBECK**

26. AUG. - 2. SEPT.

MÖBELAUSSTELLUNG

LYBECKER TISCHLER-INNVNG

Konditorei Königstraße 25. Täglich: **STARKE** **Kallehaus** Frisches Gebäck. Telephone 8860. Von 10 Uhr ab: Diverse Eisspeisen.

Künstler-Konzert. Leitung: Kapellmeister **Sick**.

Bei **Furunkulose** verwendet man stets **Das Pflaster** mit dem **Inderkopf**

Zu haben in der **Adler- und Löwen-Apotheke.** (5697)

Eimerbier
Montag von 4-6 Uhr (5740) **H. Bad.**

